



Sessionsrückschau Sommersession 2022 – Netzwerk Kinderrechte Schweiz

Der **Nationalrat** hat sich in der vergangenen Sommersession mit Geschäften befasst, die für die Kinderrechte wichtig sind. Er hat die Motion von Ständerätin Eva Herzog angenommen, die die [Schaffung einer Datengrundlage zu Unterhaltsentscheiden im Familienrecht](#) zum Ziel hat. Weiter hat der Nationalrat ein Postulat seiner Rechtskommission überwiesen, dass den Bundesrat beauftragt, die [Schaffung einer Familiengerichtsbarkeit](#) und Schlichtungsbehörde für familienrechtliche Verfahren zu prüfen. Ebenfalls zugestimmt hat der Ständerat der Motion von Nationalrätin Bulliard-Marbach, die eine [Statistik über Kinder, die Zeuginnen und Zeugen von häuslicher Gewalt](#) sind, forderte. Diese Motion wird als nächstes vom Ständerat beraten. Nach dem Ständerat hat der Nationalrat auch der Motion von Nationalrätin Marianne Maret zugestimmt und beauftragt den Bundesrat somit, regelmässige, schweizerische [Präventionskampagnen gegen häusliche, sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt](#) durchzuführen.

Hingegen hat der Nationalrat die Motion von Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber abgelehnt, die ein [Vorstellungsrecht der Jugendsession und Kinderkonferenz in den Kommissionen](#) forderte. In einem Bericht dazu anerkennt der Bundesrat die wichtige Rolle, die diese beiden Gefässe für die politische Bildung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen einnehmen. Gleichzeitig ist es eine Tatsache, dass bisher nur 15 Forderungen aus diesen Gefässen im Parlament behandelt worden sind. Das sind weniger als ein Zehntel der effektiv gestellten Forderungen.

Mit der Motion 20.3987 «[Für eine kohärente Praxis bei illegalen Einwanderern \(Sans-Papiers\)](#)» stellt die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei erneut die verfassungsgeschützten Rechte von Kindern ohne geregelten Aufenthaltsstatus auf Grundschulunterricht und deren Zugang zur medizinischen Grundversorgung in Frage. Der Nationalrat hat sich aber wiederum deutlich gegen diese Forderung ausgesprochen. Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz hatte bereits im Jahr 2018 vor einem ähnlich lautenden Vorstoss gewarnt (Siehe dazu: [Stellungnahme zur Motion 18.3005](#)).

Im **Ständerat** wurde der Entwurf des Bundesgesetzes «[Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele](#)» behandelt. Mit dem Gesetz will der Bundesrat Minderjährige besser vor ungeeigneten Medieninhalten schützen. Der Nationalrat hat als Erstrat bereits für den Jugendschutz wichtige Ergänzungen im Gesetz verankert, die nun jedoch vom Ständerat grösstenteils wieder rückgängig gemacht worden sind: Der Ständerat streicht nicht nur die Regelung von Mikrotransaktionen - wie zum Beispiel In-App-Käufe oder Glücksspielelemente in Games - aus dem Gesetz, sondern entfernt auch die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen durch den Bund. Zudem schwächt er mit einer Neuformulierung den Einbezug von Expertinnen und Experten des Jugendschutzes in die Organisationen, die für die Ausarbeitung der Jugendschutzregelungen verantwortlich sein werden. Das Gesetz wird in der Herbstsession wieder vom Nationalrat beraten.

Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Rückschau). Die Debatten können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](#) nachgelesen werden.



Rückblick auf die behandelten Geschäfte der Sommersession 2022

Geschäft des Bundesrates

18.043

Strafrahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht

Der Bundesrat will eine angemessene Sanktionierung von Straftaten ermöglichen und passt deshalb im Strafgesetzbuch den Strafrahmen für verschiedene Delikte an. Im Vordergrund stehen dabei Gewalt- und Sexualdelikte, die oftmals an Frauen und Kindern begangen werden. Solche Delikte sollen künftig härter bestraft werden. Bei einer sexuellen Handlung mit einem Kind unter 12 Jahren, die nicht einer Vergewaltigung entspricht, wird eine Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsstrafe eingeführt, weil Kinder besonders schutzbedürftig sind. Bei einer Vergewaltigung gilt eine Mindeststrafe von zwei Jahren Freiheitsstrafe. Gleichzeitig stimmt der Bundesrat auch das Verhältnis der Strafrahmen besser aufeinander ab. Der Ständerat will die Strafen für gewisse Delikte verschärfen, entscheidet sich im Gegensatz zum Bundesrat dafür, keine Mindeststrafen vorzusehen. Die Anpassungen betreffen vor allem Randalierer, die bei Ausschreitungen Polizei, Sanität oder Feuerwehr angreifen. Ebenfalls angepasst wird der Strafrahmen für schwere Körperverletzungen oder gewerbsmässig begangene Vermögensdelikte. Die Revision des Sexualstrafrechts wurde als separate Vorlage ausgearbeitet und war nun zum ersten Mal im Ständerat traktandiert.

- Der Ständerat hat als Erstrat das verschärfte Sexualstrafrecht gutgeheissen. Es basiert auf der «nein heisst Nein»-Lösung bei Vergewaltigung und neu sollen Vergewaltigende zwingend ins Gefängnis müssen. Zudem wird «Rachepornografie» strafrelevant. Anders als im Vorentwurf wurde kein neuer Tatbestand zu Grooming beantragt. Die Vorlage geht nun in den Nationalrat.

Geschäft des Bundesrates

20.069

Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele. Bundesgesetz

Der Bundesrat will Minderjährige besser vor ungeeigneten Medieninhalten schützen, die ihre körperliche, geistige, psychische, sittliche oder soziale Entwicklung gefährden könnten. Es geht namentlich um Darstellungen von Gewalt, Sexualität und bedrohlichen Szenen. Schweizweit werden alle Kinos, Detailhändler, Online-Versandhändler und Abrufdienste zu Alterskennzeichnungen und -kontrollen verpflichtet. Zudem werden auch Anbieterinnen und Anbieter von Plattformdiensten für Videos oder Videospiele (z. B. YouTube, Twitch) in die Pflicht genommen. Die Systeme zur Altersklassifizierung und die Regeln zur Alterskennzeichnung sowie zur Alterskontrolle sollen von den Akteurinnen und Akteuren im Film- und Videospielebereich entwickelt werden. Sie müssen sich zu diesem Zweck zu Jugendschutzorganisationen zusammenschliessen und eine Jugendschutzregelung erarbeiten, die sie dem Bundesrat zur Verbindlichkeitserklärung vorlegen. Gegenüber dem Entwurf des Bundesrats will der Nationalrat auch sogenannte In-App-Käufe regulieren. Sie möchte zudem das zuständige Bundesamt gesetzlich dazu verpflichten, Massnahmen zur Förderung der Medienkompetenz und der Prävention zu ergreifen.

- Der Ständerat hat als Zweitrat der Vorlage zugestimmt, streicht aber drei für den Jugendschutz zentrale Punkte aus dem Gesetz: Die Förderung der Medienkompetenz und auch die Regulierung von Mikrotransaktionen, wie zum Beispiel In-App-Käufe oder Glücksspielelemente in Games, streicht der Ständerat aus dem Gesetz. Gleichzeitig schwächt der Ständerat den Einbezug von Expertinnen und Experten aus dem Jugendschutz in die Organisationen, die für die Erarbeitung der Jugendschutzregeln verantwortlich sind. In der Herbstsession wird das Geschäft wieder vom Nationalrat beraten.



Parlamentarische Initiative Jositsch Daniel (SP)

16.408

Mindeststrafen bei sexuellen Handlungen gegenüber Kindern unter 16 Jahren.

Sexuelle Handlungen gegenüber Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren können gemäss Artikel 187 StGB relativ milde bestraft werden (bis zu Geldstrafe), wobei nicht unterschieden wird, welches Alter das Opfer hat. Verübt der Täter gleichzeitig ein anderes Sexualdelikt (z. B. Art. 189 oder 190), dann öffnet sich zwar der obere Strafrahmen (bis 15 Jahre), die Mindeststrafe bleibt aber unverändert. Der Vorstoss hat zum Ziel, erstens zwischen Taten gegenüber Jugendlichen unter 16 und gegenüber Kindern unter 12 Jahren zu unterscheiden, zweitens für Sexualhandlungen gegenüber Opfern dieser Altersgruppen Mindeststrafen vorzusehen. Beide Kommissionen für Rechtsfragen haben dem Vorstoss Folge gegeben.

Der Ständerat beschloss eine Fristverlängerung für die Vorlage bis zur Sommersession 2021. Die RK-S beantragt ihrem Rat, die Initiative als erfüllt abzuschreiben.

- Der Ständerat hat die parlamentarische Initiative abgeschrieben.

Parlamentarische Initiative Prezioso Batou Stefania (Grüne Fraktion)

21.428

Ius Soli. Es wird endlich Zeit!

Die Parlamentarische Initiative fordert, jeder Person, die in der Schweiz von ausländischen Eltern geboren wurde und die auf dem Gebiet der Schweiz lebt, soll beim Erreichen der Volljährigkeit von Gesetzes wegen automatisch das Schweizer Bürgerrecht sowie das Kantons- und Gemeindebürgerrecht verliehen werden. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats beantragt, keine Folge zu geben. Die Initiative wird erstmals im Nationalrat behandelt.

- Der Nationalrat gibt der Initiative mit 112 zu 75 Stimmen bei drei Enthaltungen keine Folge. Das Geschäft ist somit erledigt.

Parlamentarische Initiative WBK-NR

22.403

Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2024

Mit der Initiative der nationalrätlichen Bildungskommission wird verlangt, dass das Bundesgesetz über Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung (KBFHG) verlängert wird. Aktuell erarbeitet dieselbe Kommission eine gesetzliche Grundlage für eine zeitgemässe Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung ([parlamentarische Initiative 21.403](#)). Die aktuelle «Anstossfinanzierung (gemäss KBFHG) soll daher bis zum Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Grundlage oder längstens bis zum 31. Dezember 2024 verlängert werden.

- Der Nationalrat stimmt der Initiative der WBK-NR mit 138 zu 35 Stimmen bei 15 Enthaltungen zu. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.



Motion Kiener Nellen Margret (Sozialdemokratische Fraktion)

19.3373

EO-Entschädigungen. Militärdienst und Mutterschaft gleich entschädigen

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, welche die rechtliche und wirtschaftliche Schlechterstellung der Mütter gegenüber den Dienstleistenden bei der EO aufhebt, insbesondere die Schlechterstellung der Mütter beim Höchstbetrag der Entschädigung pro Tag (Erwerbsersetzungsgesetz, EOG; SR 834.1).

- Entgegen dem Antrag des Bundesrats hat der Nationalrat die Motion angenommen. Nun wird sie vom Ständerat jedoch abgelehnt, das Geschäft ist somit erledigt.

Motion Nantermod Philippe (FDP-Liberale Fraktion)

19.3597

StGB. Vergehen gegen die Familie. Verweigerung des Rechts auf persönlichen Verkehr mit Strafe bedrohen

Mit der Motion wird der Bundesrat ersucht, über eine Änderung des Strafgesetzbuches einen Straftatbestand für Fälle einzuführen, in denen dem nicht sorgeberechtigten Elternteil der persönliche Verkehr mit einem minderjährigen Kind unrechtmässig verweigert wird. Obwohl die gesetzliche Verankerung des Prinzips der gemeinsamen elterlichen Sorge und die Verpflichtung bei Scheidung die Möglichkeit eines geteilten Sorgerechts zu berücksichtigen bestehen, gibt es Fälle, in denen das Recht auf persönlichen Verkehr verletzt wird und das Kind sich von einem Elternteil entfremdet. Der Motionär begründet die Forderung damit, dass persönliche Beziehungen zu beiden Elternteilen zu unterhalten ein Grundrecht der UN-Kinderrechtskonvention ist. Der Bundesrat erachtet die Schaffung eines neuen Straftatbestandes nicht als adäquates Mittel, um den Vollzug des Besuchsrechts sicherzustellen.

- Der Nationalrat stimmte der Motion zu, der Ständerat verlangte jedoch die Sistierung des Geschäfts, dem folgte nun auch der Nationalrat.

Motion Roduit Benjamin (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

20.3634

Aromatisierte Zigaretten. Junge Menschen schützen

Der Bundesrat wird beauftragt, zum Schutz von Kindern und Jugendlichen das geltende Recht mit den folgenden zwei Verboten zu ergänzen:

1. Verbot des Inverkehrbringens von Raucherzeugnissen mit einem charakteristischen Aroma;
2. allgemeines Verbot von Zusatzstoffen für Tabakerzeugnisse und E-Zigaretten, die das Suchtpotenzial oder die Toxizität steigern oder die CRM-Eigenschaften (CRM=carcinogenic, mutagenic, reprotoxic = krebs-erzeugend, erbgutverändernd, fortpflanzungsgefährdend) aufweisen.

Diese zwei Anpassungen entsprechen der geltenden Europäischen Richtlinie über Tabakerzeugnisse. Die Hersteller von Tabakerzeugnissen setzen ihren Artikeln absichtlich Substanzen bei, die dazu führen, dass das Rauchen «milder» erlebt wird. Sie zielen damit insbesondere auf junge Raucherinnen und Raucher. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

- Der Nationalrat hat der Motion mit 89 zu 81 Stimmen bei 15 Enthaltungen zugestimmt. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat. Roduit argumentiert mit dem Jugendschutz. Zusatzstoffe erhöhten das Suchtpotenzial. In der EU gilt ein Verbot, wie es Roduit verlangt. Der Bundesrat hatte argumentiert, bei der Beratung des Gegenvorschlags zur später angenommenen Initiative "Kinder ohne Tabak" sei dies vom Parlament nicht gewünscht worden.



Motion Feri Yvonne (Sozialdemokratische Fraktion)

20.3683

Bedarfsabhängige Kinderzulagen

Der Bundesrat wird beauftragt, ein Gesetz vorzulegen, welches die heutigen Kinderzulagen schweizweit bedarfsabhängig ergänzt. Die Motionärin bezieht sich auf die Feststellung des Bundesrats (Familienpolitik, Auslegeordnung und Handlungsoptionen des Bundes), dass die Kinderkosten ein erhöhtes Armutsrisiko für einkommensschwache Familien mit sich bringen. Mit der Einführung von ergänzenden Zulagen aufgrund von Artikel 116 der Bundesverfassung könnten finanziell schlechter gestellte Familien gezielt unterstützt werden, dies war eine Massnahme die im Bericht des Bundesrats als näher zu prüfender Vorschlag festgehalten wurde. Mit der Motion soll am Grundsatz "ein Kind, eine Zulage" festgehalten werden. Die heutigen Kinderzulagen bleiben erhalten und darüber hinaus sollen bedarfsabhängige Ergänzungen ausbezahlt werden.

- Der Nationalrat lehnt die Motion mit 122 zu 66 Stimmen bei einer Enthaltung ab. Das Geschäft ist somit erledigt.

Motion Bulliard-Marbach Christine (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

20.3772

Statistik über Kinder, die Zeuginnen und Zeugen von häuslicher Gewalt sind

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, die Anzahl Kinder, die Zeuginnen oder Zeugen von häuslicher Gewalt sind, statistisch zu erfassen. Diese jährliche oder zumindest in regelmässigen Abständen geführte Statistik wird aufzeigen, wie viele Kinder in Haushalten gemeldet sind, in denen Polizei einansätze aufgrund von häuslicher Gewalt stattfinden. Der Bundesrat erachtet die bereits vorliegenden Statistiken als ausreichend.

- Der Nationalrat stimmt der Motion mit 111 zu 75 Stimmen bei drei Enthaltungen zu. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.

Motion Prelicz-Huber Katharina (Grüne Fraktion)

20.3823

Rahmengesetz für die Existenzsicherung

Der Bundesrat wird beauftragt, ein Rahmengesetz für die Existenzsicherung vorzulegen, das folgende Elemente regelt:

1. Die Gewährung eines sozialen Existenzminimums, das die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.
 2. Die Voraussetzung für den Leistungsbezug, die Bestimmung der Mindesthöhe und Referenzgrösse für den Grundbedarf in Anlehnung an die Ergänzungsleistungen.
 3. Die Umschreibung der weiteren Sozialhilfeleistungen im Grundsatz, nicht in der Höhe (persönliche Hilfe, Mietzinsrichtlinien, medizinische Versorgung, situationsbedingte Leistungen etc.).
 4. Die Stärkung der Grundkompetenzen sowie der beruflichen Qualifikationen der Sozialhilfebeziehenden.
 5. Die Vereinheitlichung des Verfahrens.
 6. Die Stärkung des Rechtsschutzes.
 7. Vorschriften bezüglich dem Fachpersonal in den Sozialdiensten.
 8. Die Finanzierung der Sozialhilfe durch die Kantone und Gemeinden unter Beteiligung des Bundes.
- Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat berät diese als Erstrat.

- Der Nationalrat lehnt die Motion ab, das Geschäft ist somit erledigt.



Motion Fraktion der Schweizerischen Volkspartei

20.3987

Für eine kohärente Praxis bei illegalen Einwanderern (Sans-Papiers)

Der Bundesrat wird beauftragt, im Sinne einer kohärenten Praxis bei illegalen Einwanderern (Sans-Papiers), Massnahmen und Gesetzesanpassungen namentlich in folgenden Bereichen vorzuschlagen:

1. Rechtsansprüche auf und aus Sozialversicherungen (namentlich AHV und Krankenversicherung) sind auf Personen mit geregelter Aufenthaltsstatus zu beschränken. Vorbehalten bleiben Sozialversicherungsabkommen.
2. Verschärfung der Strafnormen für Arbeitgeber von illegalen Einwanderern, deren Arbeitsvermittler und Vermieter von Mietobjekten.
3. Sicherstellung des Datenaustausches zwischen staatlichen Stellen betreffend Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus (bspw. für Schulbesuche und individuelle Förderung).

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt diese als Erstrat.

- Der Nationalrat lehnt die Motion mit 135 zu 53 Stimmen ab, das Geschäft ist somit endgültig vom Tisch.

Motion Feri Yvonne (Sozialdemokratische Fraktion)

20.4084

Nationale Strategie zur Bekämpfung der Cyber-Pädokriminalität

Der Bundesrat wird beauftragt, eine nationale Strategie zur effizienten Bekämpfung der Cyber-Pädokriminalität auszuarbeiten. Im Hinblick auf die Abgabe der verdeckten Ermittlung vom Bund an die Kantone per Januar 2021 muss eine nationale Strategie sicherstellen, dass die Verfolgung von Cyber-Pädokriminellen nicht an Kantonsgrenzen und kantonalen Rechtsunterschieden scheitert. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass mit den aktuellen und geplanten Strukturen und Massnahmen eine koordinierte und zielgerichtete Bekämpfung der Pädokriminalität über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus bereits heute gewährleistet ist und empfiehlt den Vorstoss zur Ablehnung. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt die diese als Erstrat.

- Der Nationalrat stimmte der Motion mit 114 zu 69 Stimmen zu, die Motion geht nun an den Ständerat.

Motion Baume-Schneider Elisabeth (Sozialdemokratische Fraktion)

21.3283

Mutterschutz vor der Niederkunft

Basierend auf den Schlussfolgerungen des Berichts des Bundesrates vom 2. März 2018 in Erfüllung des Postulats 15.3793 "Mutterschaftsurlaub. Erwerbsunterbrüche vor der Geburt" wird der Bundesrat beauftragt, dem Parlament die gesetzlichen Bestimmungen zur Einführung eines vorgeburtlichen und über die Erwerbsersatzordnung finanzierten Mutterschaftsurlaubs von drei Wochen vorzulegen. Der Mutterschaftsurlaub nach der Niederkunft wird dadurch nicht angetastet. Der Ständerat behandelt das Geschäft als Erstrat.

- Der Ständerat hat die Motion abgelehnt, das Geschäft ist somit erledigt.



Motion Herzog Eva (Sozialdemokratische Fraktion)

21.4191

Schaffung einer Datengrundlage zu Unterhaltsentscheiden im Familienrecht

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, eine Datengrundlage zu Unterhaltsentscheiden im Familienrecht zu schaffen. Die zu erhebenden Mikrodaten sollen Informationen zu Vorhandensein, Höhe und Dauer der festgelegten Unterhaltsbeiträge in den Kategorien ehelicher (Art. 163 ZGB), nachehelicher (Art. 125 ZGB) und Kindesunterhalt (Art. 276 ff. ZGB), sowie bezüglich weiterer Aspekte von Unterhaltsvereinbarungen, Trennungsvereinbarungen, Scheidungskonventionen, sowie Gerichtsurteilen enthalten (gesetzliche Grundlagen, Sorgerecht, Obhut, Besuchsrecht, Vorsorgeausgleich, Güterrecht, Annahmen bezüglich Erwerbseinkommen und Ausgaben). Die Daten sollen für Forschungszwecke mit weiteren Datenquellen verknüpft werden können. Der Ständerat hat als Erstrat eine entsprechende Motion von Eva Herzog (SP/BS) mit 23 zu 15 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen, dies gegen den Willen des Bundesrats. Der Bundesrat will zuerst eine Machbarkeitsstudie durchführen, um den mit dem Vorstoss verbundenen administrativen, finanziellen und personellen Aufwand für Bund und Kantone abschätzen zu können.

- Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat der Motion mit 97 zu 69 Stimmen bei drei Enthaltungen zugestimmt. Der Bundesrat will zuerst eine Machbarkeitsstudie durchführen, um den mit dem Vorstoss verbundenen administrativen, finanziellen und personellen Aufwand für Bund und Kantone abschätzen zu können.

Motion Prelicz-Huber Katharina (Grüne Fraktion)

21.4413

Vorstellungsrecht der Jugendsession und Kinderkonferenz in den Kommissionen

Das Büro des Nationalrates wird beauftragt, dem Forum der Eidgenössischen Jugendsession und der Kinderkonferenz ein Vorstellungsrecht ihrer Petitionen und Anträge in den zuständigen Kommissionen zu gewähren, welche diese behandelt. Die Eidgenössische Jugendsession und die Kinderkonferenz sind gute Beispiele für politische Kinder- und Jugendpartizipation auf Eidgenössischer Ebene. Im Postulatsbericht vom 25. April 2017 "Die Jugendsession stärken" (in Erfüllung des Po. Reynard 13.4304) bezeichnete der Bundesrat die Jugendsession als wertvollen jährlichen Anlass der politischen Bildung und politischen Partizipation für Jugendliche. Trotzdem verzichtete er auf die Schaffung von verbindlichen Instrumenten wie ein Antragsrecht für Kinder und Jugendliche, insbesondere für die Jugendsession. Aktuell werden die Petitionen der Eidgenössischen Jugendsession oder die Forderungen der Kinderkonferenz zu wenig beachtet. Der Postulatsbericht hält dazu fest, dass bisher nur 15 Forderungen (Stand 2017) von Parlament als Postulate oder im Rahmen von ordentlichen Geschäften behandelt wurden. Das sind weniger als ein Zehntel der effektiv gestellten Forderungen (Stand 2017). Das Büro beantragt, die Motion abzulehnen. Eine Minderheit (Trede, Andrey) beantragt, die Motion anzunehmen.

- Der Nationalrat lehnt die Motion ab, das Geschäft ist somit erledigt.



Motion Maret Marianne (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

21.4418

Präventionskampagnen gegen Gewalt

Der Bundesrat wird beauftragt, regelmässig schweizerische Präventionskampagnen gegen häusliche, sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt durchzuführen. Die Kampagnen sollen unterschiedliche Formen von Gewalt abdecken und sich zielgruppengerecht an unterschiedliche Betroffenenengruppen wie auch an (potentielle) Tatpersonen richten. Dabei gilt es die Verpflichtung der Istanbul-Konvention einzuhalten (Art. 4 & 13 IK) und die Fachorganisationen und -stellen mit einzubeziehen. Der Ständerat hat die Motion bereits angenommen, nun ist sie im Nationalrat traktandiert.

- Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat die Motion mit 127 zu 50 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen.

Motion RK-SR

22.3369

Verbesserter Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel

Der Bundesrat wird beauftragt, einen neuen Nationalen Aktionsplan Menschenhandel (NAP) zu erstellen unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Evaluation des NAP 2017-2020. Der Evaluationsbericht zeigte die Notwendigkeit eines weiteren, dritten Aktionsplanes auf. Dieser soll sich auf diejenigen Bereiche konzentrieren, bei welchen weiterhin Handlungsbedarf besteht. Dazu gehört insbesondere der Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft. Auch die Strafverfolgung und die Opferunterstützung sollen weiter gestärkt und der Bereich Cybercrime neu berücksichtigt werden.

- Der Ständerat stimmt der Motion seiner Rechtskommission zu und überweist das Geschäft nun dem Nationalrat.

Motion RK-NR

22.3382

Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption

Die Kommissionsmotion der RK-N fordert, dass die gesetzlichen Bestimmungen so angepasst werden, dass bei der Stiefkindadoption auf das einjährige Pflegeverhältnis gemäss Art. 264 Abs. 1 ZGB verzichtet wird, wenn der leibliche Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes mit der adoptionswilligen Person eine faktische Lebensgemeinschaft mit gemeinsamem Haushalt führt. Zusätzlich ist zu prüfen, auf welche weiteren Voraussetzungen in einem solchen Fall verzichtet werden kann, bzw. wo in einem solchen Fall weitere Erleichterungen angebracht sind. Eine Minderheit der Kommission (Addor, Tuena) beantragt, die Motion abzulehnen.

- Der Nationalrat stimmt der Motion seiner Rechtskommission zu und überweist das Geschäft nun dem Ständerat.



Motion RK-NR

22.3383

Alle Kinder ab Geburt rechtlich absichern

Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Vorschriften so anzupassen, dass bei der Elternschaftsvermutung (Art. 255 ZGB) die Bestimmung gemäss Art. 255a ausgeweitet wird auf Kinder von gleichgeschlechtlichen Paaren, die in einem fortpflanzungsmedizinischen Verfahren im Ausland oder mittels einer privaten Samenspende gezeugt wurden, sofern gesichert ist, dass die Kenntnis der Abstammung gewährleistet ist. Dies soll analog den Bestimmungen des Fortpflanzungsmedizingesetzes bzw. -Verordnung mittels Eintrags in das Spendenregister gemäss Art. 24 Fortpflanzungsmedizingesetz bzw. Art. 15 der Fortpflanzungsmedizinverordnung erfolgen oder in einem diesem äquivalenten Verfahren. Eine Minderheit der Kommission (Ador, Fischer Benjamin, Kamerzin, Tuena) beantragt, die Motion abzulehnen.

- Der Nationalrat stimmt der Motion zu und überweist diese nun dem Ständerat.

Postulat Fehlmann Rielle Laurence (Sozialdemokratische Fraktion)

20.3558

Werden wir über Covid-19 hinaus etwas gegen Adipositas tun?

Mit dem Postulat wird der Bundesrat beauftragt, die Steuermodelle für zuckerhaltige Getränke in verschiedenen Ländern daraufhin zu analysieren, ob eines von ihnen auch in der Schweiz Anwendung finden könnte. Die WHO empfiehlt nicht nur Sensibilisierungskampagnen, sondern auch die Einführung gezielter Steuern. Dabei geht es nicht darum, die Staatskasse zu füllen, sondern darum, erprobte Massnahmen zur Gesundheitsförderung vorzuschlagen. Mehrere Kantone der Westschweiz haben die Einführung einer Steuer vorgeschlagen, weil sie erkannt haben, dass Sensibilisierungskampagnen allein nicht ausreichen, um Adipositas und ernährungsbedingte chronische Krankheiten einzudämmen.

- Der Nationalrat lehnt das Postulat ab, der Vorstoss ist somit erledigt.

Postulat Feri Yvonne (Sozialdemokratische Fraktion)

20.3684

Massnahmen zur Armutsprävention

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen die Armutsprävention schweizweit vorangetrieben werden, in welchen Bereichen der Bund den Lead übernehmen kann und wie die Kantone zu Massnahmen verpflichtet werden können. Zur Armutsprävention gehören bspw. Familienergänzungsleistungen, grosszügige Kinderzulagen, zugängliche frühe Förderung und Bildungsangebote, Kinderbetreuungseinrichtungen, ausgebaute individuelle Prämienvverbilligung, günstige Wohnungen oder ein für viele zugängliches Stipendienwesen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Vorstosses.

- Der Nationalrat lehnt das Postulat ab, der Vorstoss ist somit erledigt.



Postulat Piller Carrard Valérie (Sozialdemokratische Fraktion)

20.3806

Anders in die Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung investieren

Der Bundesrat wird beauftragt, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer Unentgeltlichkeit familienergänzender Kinderbetreuung für Familien zu eruieren, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind. Die Studie soll Antworten auf die folgenden Fragen liefern:

1. Wie würde sich das Arbeitskräftepotenzial auf dem Arbeitsmarkt erhöhen?
2. Um wie viel würden sich die Steuereinnahmen erhöhen?
3. Welche Auswirkungen hätte eine solche Massnahme auf die Familienarmut?
4. Welches wären die Auswirkungen in Bezug auf die frühe Förderung der Kinder?

- Der Nationalrat lehnt das Postulat ab, der Vorstoss ist somit erledigt.

Postulat Barrile Angelo (Sozialdemokratische Fraktion)

20.3820

Nationaler Aktionsplan gegen LGBTQ-feindliche "hate crimes"

Der Bundesrat wird beauftragt, einen nationalen Aktionsplan zur Verminderung LGBTQ-feindlicher Hate Crimes und Gewalt zu erarbeiten. Der Aktionsplan soll Massnahmen zur Unterstützung und Schutz der gewaltbetroffenen Personen (inklusive im Zugang zu Opferhilfe und Rechtsmitteln), präventive Massnahmen zur Verminderung sowohl von Gewalt als auch von feindlichen Einstellungen gegen lesbische, schwule, bisexuelle, trans und queere Personen sowie Täter*innenarbeit beinhalten. Die Erarbeitung und Umsetzung soll in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gemeinden sowie in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Expert*innen erfolgen.

- Entgegen der Empfehlung des Bundesrats, hat sich der Nationalrat für das Postulat ausgesprochen.

Postulat Feri Yvonne (Sozialdemokratische Fraktion)

20.3971

Analyse zur Umsetzung der Mankoteilung

Der Bundesrat wird beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen in einem Bericht aufzuzeigen, wie die Mankoteilung rechtlich und praktisch umgesetzt werden kann. Der Bundesrat sieht keinen Bedarf für eine weitere Klärung der Rechtslage und empfiehlt das Postulat zur Ablehnung.

- Die Postulantin zieht das Postulat zurück.

Postulat Feri Yvonne (Sozialdemokratische Fraktion)

20.3972

Evaluation der Revision der elterlichen Verantwortung nach Trennung oder Scheidung

Der Bundesrat wird mit dem Postulat beauftragt, mittels einer Evaluation darzulegen, welche Wirkung die Neuregelung der elterlichen Verantwortung nach Trennung und Scheidung hat (gemeinsame elterliche Sorge und Neugestaltung des Unterhaltsrechts), ob die Ziele der beiden Revisionen erreicht worden sind und ob nicht intendierte Nebeneffekte aufgetreten sind. Der Bundesrat beantragt das Postulat abzulehnen.

- Der Nationalrat lehnt das Postulat ab, der Vorstoss ist somit erledigt.



Postulat Vara Céline (Grüne Fraktion)

20.4166

Synthetische Pestizide. Hirntumore und Atemwegserkrankungen bei Kindern

Der Bundesrat wird mit dem Postulat beauftragt zu prüfen, ob es zweckmässig ist, Massnahmen zu treffen, um die Gesundheit von Kindern vor der Belastung durch synthetische Pestizide zu schützen. Zudem soll ein Bericht zu diesem Thema vorgelegt werden. Der Ständerat überwies das Postulat zur Vorprüfung an die zuständige Kommission und behandelt es nun als Erstrat. Die WAK-S empfiehlt ihrem Rat mit 6:5 Stimmen bei einer Enthaltung die Ablehnung des Postulats. Die Mehrheit ist der Auffassung, das Risiko von Pflanzenschutzmitteln für den Menschen werde bei der Zulassung heute schon umfassend geprüft. Für Sondermassnahmen gebe es angesichts der insgesamt doch geringen Fallzahlen nicht genügend Indikatoren.

- Der Ständerat lehnt das Postulat ab, der Vorstoss ist somit erledigt.

Postulat RK-NR

22.3380

Für ein Familiengericht

Der Bundesrat wird beauftragt, in Absprache mit den Kantonen zu prüfen, ob es zweckmässig wäre, eine Familiengerichtsbarkeit zu schaffen, die folgenden Grundsätzen entspricht:

1. Ein einziges Gericht ist für familienrechtliche Streitigkeiten im weitesten Sinne zuständig und damit insbesondere für Angelegenheiten, welche das Zivilgesetzbuch, das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft, das Bundesgesetz über internationale Kindesentführung und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen dem Zivilgericht, den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden sowie den Zentralbehörden der Kantone und des Bundes zuweisen.
2. In familienrechtlichen Streitigkeiten ist ein Schlichtungsversuch obligatorisch, bevor die Sache ans Gericht gelangt.
3. Die Schlichtungsbehörde setzt sich aus Beisitzern zusammen, die auf Familienrecht spezialisiert und in Familientherapie ausgebildet sind.
4. Die Schlichtungsbehörde kann Personen und Stellen beiladen, die mit den Parteien durch aktuelle oder frühere Familienstandsbeziehungen und durch Kindsverhältnis verbunden sein können oder nicht, wenn diese Beiladung zur Beilegung der Streitigkeit beitragen kann.
5. Die Schlichtungsbehörde kann den Fall so oft, wie sie es für notwendig hält, innerhalb einer festzulegenden Maximalfrist erneut verhandeln und den Fall bei Bedarf an die zuständige Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde oder die zuständige Zentralbehörde überweisen.
6. Das Schlichtungsverfahren ist unentgeltlich.

Eine Minderheit der Kommission (Addor, Hess Erich, Reimann Lukas, Schwander, Steinemann, Tuena) beantragt, das Postulat abzulehnen.

- Der Nationalrat stimmt dem Postulat zu, der Bundesrat muss nun die Zweckmässigkeit von einer Schaffung einer Familiengerichtsbarkeit prüfen.